

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Ernst Bahr, Dr. Eberhard Brecht, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/9645 –**

Bilanz und Perspektive bei Bundesbehörden in Ostdeutschland

In der 12. Legislaturperiode wurde eine unabhängige Föderalismuskommision einberufen mit dem Ziel, ein Konzept für die Verteilung der Bundesbehörden auch auf die neuen Länder auszuarbeiten. Durch die Ansiedlung wichtiger Bundeseinrichtungen soll eine stärkere Einbindung Ostdeutschlands in die föderalistischen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden.

Der Deutsche Bundestag hat die Empfehlung der Föderalismuskommision am 26. Juni 1992 zur Kenntnis genommen.

Im Februar 1996 hat die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über die Verringerung und Straffung von Bundesbehörden informiert (Drucksache 13/3923). Danach sollen die bisherigen Aufgaben nicht nur mit weniger Personal wahrgenommen werden, sondern es wird auch eine „weitgehend spürbare Verringerung von Zahl und Umfang der Bundesbehörden angestrebt“.

Vor diesem Hintergrund ist eine Bilanz hinsichtlich der Verteilung und Zuordnung von Bundesbehörden in die neuen Bundesländer sowie der Auswirkungen auf die Beschäftigtenzahlen erforderlich.

1. Wie verteilen sich die Bundesbehörden und ihre Soll- und Ist-Stellen auf die einzelnen Bundesländer sowie zusammengefaßt auf die alten und neuen Bundesländer?

Die Verteilung der im unmittelbaren Bundesdienst beschäftigten Beamten, Richter, Soldaten, Angestellten und Arbeiter auf die einzelnen Länder sowie die Beschäftigtenzahlen zusammengefaßt für die alten und neuen Länder sind in der nachfolgenden Übersicht

dargestellt (Stand: 30. Juni 1996). Hierbei handelt es sich um sog. Kopfzahlen und nicht um Haushaltsstellen. Die Zahlen für das Jahr 1997 liegen in der Gliederung nach Ländern noch nicht vor.

| Bereich | Beschäftigte |
|---------------------------------------|--------------|
| Baden-Württemberg | 34 783 |
| Bayern | 79 580 |
| Berlin-West | 15 167 |
| Bremen | 4 749 |
| Hamburg | 11 619 |
| Hessen | 31 457 |
| Niedersachsen | 76 539 |
| Nordrhein-Westfalen | 97 677 |
| Rheinland-Pfalz | 38 778 |
| Saarland | 4 802 |
| Schleswig-Holstein | 49 897 |
| Früheres Bundesgebiet | 445 048 |
| Berlin-Ost | 9 591 |
| Brandenburg | 19 293 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 18 924 |
| Sachsen | 14 621 |
| Sachsen-Anhalt | 7 029 |
| Thüringen | 7 622 |
| Neue Länder einschließlich Berlin-Ost | 77 080 |
| Ausland | 11 041 |
| Gesamter Bundesdienst | 533 169 |

Zur Verteilung von Bundesinstitutionen auf die neuen Länder nach den Beschußempfehlungen der Unabhängigen Föderalismuskommission sowie zum derzeitigen Stand der Verlagerung wird auf die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens vom 2. Oktober 1997 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Uwe Küster verwiesen (Drucksache 13/8748).

2. Wie sah diese Verteilung 1992 aus?

Die im unmittelbaren Bundesdienst beschäftigten Beamten, Richter, Soldaten, Angestellten und Arbeiter verteilten sich am 30. Juni 1992 nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes auf die einzelnen Länder wie folgt:

| Bereich | Beschäftigte |
|---------------------------------------|--------------|
| Baden-Württemberg | 43 252 |
| Bayern | 94 629 |
| Berlin-West | 14 398 |
| Bremen | 5 783 |
| Hamburg | 13 314 |
| Hessen | 39 401 |
| Niedersachsen | 98 005 |
| Nordrhein-Westfalen | 107 848 |
| Rheinland-Pfalz | 46 373 |
| Saarland | 5 438 |
| Schleswig-Holstein | 63 962 |
| Früheres Bundesgebiet | 532 403 |
| Berlin-Ost | 14 549 |
| Brandenburg | 21 497 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 19 015 |
| Sachsen | 11 749 |
| Sachsen-Anhalt | 6 877 |
| Thüringen | 7 029 |
| Neue Länder einschließlich Berlin-Ost | 80 716 |
| Ausland | 11 595 |
| Gesamter Bundesdienst | 624 714 |

Der prozentuale Rückgang der Zahl der im unmittelbaren Bundesdienst beschäftigten Beamten, Richter, Soldaten, Angestellten und Arbeiter betrug somit im früheren Bundesgebiet 16,4 % und in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost 4,5 %.

3. Welches Ergebnis ist zu erwarten, wenn die Beschlüsse zur Verringerung und Straffung von Bundesbehörden im Jahr 2000 umgesetzt sind?

Derzeit können noch keine Angaben über die Beschäftigtenzahlen im Jahr 2000 gemacht werden.

4. Welchen Anteil haben
- von den alten in die neuen Bundesländer gewechselte Beschäftigte,
 - aus den neuen Bundesländern eingestellte Beschäftigte an der Gesamtzahl der in Behörden des Bundes in den neuen Bundesländern Beschäftigten?

Im unmittelbaren Bundesdienst in den neuen Ländern sind nach den vorliegenden Unterlagen 4 998 Personen beschäftigt, die bis zum 3. Oktober 1990 im früheren Bundesgebiet wohnhaft waren.

Im unmittelbaren Bundesdienst in den neuen Ländern sind 77 080 Personen beschäftigt, davon sind nach den vorliegenden Unterlagen 25 261 Personen neu eingestellt worden.

5. Wie waren 1992 die Anteile der in Frage 4 genannten Personengruppen?
6. Welche Anteile der in Frage 4 genannten Personengruppen werden voraussichtlich im Jahr 2000 erreicht sein?

Eine zentrale Erfassung bzw. statistische Erhebung der Daten, die zur Beantwortung dieser speziellen Fragen nötig wäre, erfolgt nicht. Auch für das Jahr 2000 sind keine konkreten Angaben möglich.

7. Wie beabsichtigt die Bundesregierung dafür Sorge zu tragen, daß bei ihren Bemühungen um eine Verringerung und Straffung von Bundesbehörden die Beschlüsse der Föderalismuskommission gleichzeitig eingehalten und umgesetzt werden?

Die Bundesregierung wird weiterhin dafür Sorge tragen, daß die Beschlüsse der Föderalismuskommission umgesetzt werden. Sie hat ihren Willen, für eine angemessene Präsenz von Bundeseinrichtungen in den neuen Ländern zu sorgen, zuletzt mit Kabinettsbeschuß vom 9. Dezember 1997 (GMBL 1998 S. 2) bekräftigt.